

Eva Wegrzyn

Gleicher und ungleicher zugleich? Neukonfigurationen von Macht und flexibilisierten Ungleichheiten.

Tagung vom 6. bis 7. November 2012 an der
Ruhr-Universität Bochum

Zusammenfassung

Neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle versprechen Gleichheit und flexible Lebensgestaltungsmöglichkeiten: Nur die Leistung zählt, nicht das Geschlecht, die soziale Herkunft oder die Hautfarbe. Im Fokus der internationalen Konferenz, veranstaltet am 6. und 7. November 2012 an der Ruhr-Universität Bochum, stand das Spannungsverhältnis von Macht, Wandel und politischen Handlungsmöglichkeiten. Diskutiert wurden die Widersprüche und Fallstricke aktueller politischer Entwicklungen im Hinblick auf soziale (Un-)Gleichheit aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive.

Schlüsselwörter

Kapitalismus, Neoliberalismus, Meritokratie, Geschlechterverhältnisse, Klasse, Ethnizität

Summary

More Equal and More Unequal at the Same Time? New Configurations of Power and Flexibilized Inequalities. Conference at the Ruhr University Bochum, 6/7 November 2012

Neoliberal models of society and economics promise equality and flexible lifestyle choices: Achievement is what counts, not gender, social background or skin colour. The main topic of the international conference held at the Ruhr University Bochum on November 6/7 2012 was the ambiguous relation between power, social change and political agency. Participants discussed the contradictions and pitfalls of current developments and their implications in regard to social (in)equality from a social science perspective.

Keywords

capitalism, neoliberalism, meritocracy, gender relations, class, ethnicity

Frauen und Männer sind gleichberechtigt – dies scheint heute für viele nicht mehr nur auf dem Papier der Fall zu sein. Festgeschriebene Rollen sind passé, jede und jeder kann in der modernen, kapitalistischen Gesellschaft über den eigenen Lebensentwurf selbst entscheiden. Wie sieht aber die gesellschaftliche Wirklichkeit aus? Was folgt daraus möglicherweise für die Zukunft? Die Konferenz „Gleicher und ungleicher zugleich? Neukonfigurationen von Macht und flexibilisierten Ungleichheiten“, die am 6. und 7. November 2012 an der Ruhr-Universität Bochum vom Lehrstuhl Soziologie/Soziale Ungleichheit und Geschlecht (Prof. Dr. Ilse Lenz), der Heinrich-Böll-Stiftung NRW und dem Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böll-Stiftung ausgerichtet wurde, widmete sich dem Spannungsverhältnis von Macht, Wandel und politischen Handlungsmöglichkeiten.

Die Realität, dies zeigten die Beiträge und Diskussionen, ist in Bezug auf Chancengleichheit in hohem Maße widersprüchlich. Ein besonderes Augenmerk lag daher auf

der Verwobenheit von Geschlecht mit weiteren Kerndimensionen sozialer Herrschaftsverhältnisse, vor allem Klasse, Ethnizität und sexuellem Begehren. Die Referentinnen und Referenten skizzierten mit jeweils unterschiedlichen Akzentuierungen sowohl den Wandel der Geschlechterverhältnisse als auch Beharrungstendenzen auf der Ebene der Normen, des Wohlfahrtsstaates sowie gesellschaftspolitischer Modelle und formulierten Desiderate für die Politik und für eine kritische Geschlechterforschung.

Die mit etwa 150 Teilnehmenden, mehr als die Hälfte davon Studierende, sehr gut besuchte Konferenz gliederte sich in einen Vortrags- und einen Workshopteil. Der disziplinäre Schwerpunkt der Beiträge war ein sozialwissenschaftlicher: Fragen der multiplen Ungleichheiten und Widersprüche in den Geschlechterverhältnissen wurden vor allem aus einer soziologischen und politikwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet. Der Tenor der Vorträge in Bezug auf die aktuellen Entwicklungen war nahezu durchweg kritisch und zeigte: Moderne, vermeintlich flexible und globalisierte Geschlechterverhältnisse in kapitalistischen Regimes haben einen hohen Preis.

Brigitte Aulenbacher von der Johannes Kepler Universität Linz rekonstruierte anhand von drei Bildern die widersprüchlichen Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen: Ein Bild zeigte das Cover der im November 2012 aktuellen Ausgabe der feministischen Zeitschrift „WIR FRAUEN“, die 2012 ihr dreißigjähriges Bestehen feierte. Deren fortbestehende Existenz, so Aulenbacher, löse in Zeiten der F-Klasse- und Alpha-Mädchen-Debatte oftmals Verwunderung aus. Das mit der Veränderung des Wohlfahrtsstaats einhergehende Doppelverdienermodell macht die Aushandlung von Familien- und Erwerbsarbeit zur Privatsache von Paaren. Frauenpolitische Forderungen erscheinen im Zeitgeist eines „alles ist möglich“ vielen als überholt. Das Plakat der DGB-Kampagne „Samstags gehört Vati mir“ aus den 1950er Jahren und das Cover des Dokumentarfilms „Mama Illegal“ über „irreguläre“ Migrantinnen in Österreich und Italien verdeutlichten zum einen die sich wandelnde Vaterrolle sowie die treibenden Kräfte dieses Wandels und zum anderen die sich verschärfenden Ungleichheiten unter Frauen: jene zwischen den ‚Einheimischen‘ und den Arbeitsmigrantinnen, die in den Ländern der EU Sorge- und Haushaltsarbeit unter rechtlich und wirtschaftlich prekären Bedingungen übernehmen. Die Ursachen für die widersprüchlichen Entwicklungen in den Geschlechterverhältnissen sieht Aulenbacher vor allem vor dem Hintergrund der wirkenden „Doppelregulative“ – kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsformen auf der einen und bürgerliches Geschlechtermodell auf der anderen Seite. Die Gemeinsamkeit der Regulative liegt in der Trennung der ökonomischen, öffentlichen und privaten Sphäre. Hier stellt sich die Frage, wie Gleichheit möglich ist, wenn Gesellschaften in hohem Maße andro- und eurozentrisch organisiert sind. Die Biographien der Einzelnen seien der Kristallisationspunkt der widersprüchlichen Herrschaftsverhältnisse und der gemeinsamen und getrennten Realitäten von Frauen und Männern, von Einheimischen und MigrantInnen, so die Vortragende. An dieser Stelle wären Beispiele aus der empirischen Sozialforschung hilfreich gewesen, um anhand konkreter Beispiele jene Fragen diskutieren zu können, mit denen Aulenbacher das Plenum aus ihrem theoretisch dichten Vortrag entließ: Welche politischen Forderungen können angesichts der widersprüchlichen Entwicklungen formuliert und wie kann Solidarität hergestellt werden? Wie wird aus den vielen Ichs vermeintlich befreiter Subjekte ein Wir?

Der Wandel der Geschlechterordnung war auch Gegenstand des Vortrags „Genderflexer – Zum (möglichen) Wandel der Geschlechterordnung“ von Ilse Lenz. Zur Veran-

schaulichung dieses Wandels zeigte Lenz ebenfalls drei Bilder: das Cover des Buches „Männlichkeit in Unordnung“, ein Plakat mit dem Titel „Postsexualität“ und ein Poster der Heinrich-Böll-Stiftung zur „Geschlechterdemokratie 2000 – Vielfalt der Visionen“. Diese Bilder lassen die Vermutung zu, dass sich Vorstellungen von Geschlecht in den letzten Jahrzehnten massiv gewandelt haben: Geschlecht wird zunehmend als soziale Kategorie, teilweise als Konstruktion aufgefasst – mit der Konsequenz, dass die Geschlechtszugehörigkeit „zum Element einer Wahlbiographie geworden“ ist. Personen spielen zunehmend mit flexibilisierten Geschlechterrollen, sie gestalten sie bewusst. Das Paradoxe jedoch sei, dass diese Gestaltungsmöglichkeiten eher von Frauen genutzt würden, aber auch, dass auf der Ebene der Sozialstruktur die Verhältnisse stabil blieben, wie etwa das Ernährer-/Hausfrauenmodell oder das sogenannte Ehegattensplitting in Deutschland zeigen. Die sich gegenwärtig abzeichnende Transformation biete zwar Chancen, dass die Geschlechterverhältnisse gleichheitsorientierter gestaltet würden, jedoch setzten das Modell des aktivierenden Wohlfahrtsstaats und der Niedriglohnsektor dieser Gestaltung womöglich Grenzen. Angesichts der Flexibilisierung, Ökonomisierung und Marktindividualisierung gelte es, interpersonelle Verbindlichkeiten und Solidarität, vor allem auf der Ebene der Institutionen, neu zu denken: Alle Geschlechter seien als potenzielle ErnährerInnen und VersorgerInnen, als Fürsorgende und Pflegende zu fassen, so Lenz. In der anschließenden Diskussion stieß dieser Punkt auf Kritik: Der Ruf nach Verbindlichkeit und Solidarität in familiären Beziehungen berge die Gefahr, mit einem Aufruf zur Revitalisierung ‚klassischer‘ Rollenmuster und Arbeitsteilungen verwechselt zu werden.

Birte Siim, Inhaberin der Marie-Jahoda-Gastprofessur an der Ruhr-Universität Bochum im Wintersemester 2012/2013, untersuchte das Verhältnis von Migration, Multikulturalismus und Gender in den skandinavischen Ländern aus einer demokratietheoretischen, intersektionalen Perspektive. Sie diskutierte das Thema am Beispiel Dänemarks und unter dem widersprüchlichen Verhältnis nationaler Gleichstellungspolitik zu populistischen Ausgrenzungen gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten. Die nordischen Wohlfahrtsstaaten gelten in Bezug auf ihre Geschlechter- und Familienpolitik als besonders frauenfreundlich. Wie weit reichen diese Politiken? Wer profitiert davon? Die Gewährleistung von gleichstellungspolitischen und anderen Rechten ist dort eng an das Konzept der StaatsbürgerInnenschaft geknüpft, was als Gender-Nationalismus bezeichnet werden könne: Die Stimmen von Frauen aus Minderheitengruppen finden in nationalen Entscheidungsgremien kaum Gehör. Angesichts sich verschärfender Ungleichheiten unter Frauen vor dem Hintergrund internationaler Migrationsbewegungen gelte es, so Siim, das Zusammenspiel von Migrations- und Geschlechterpolitik stärker zu diskutieren – nicht nur auf der Ebene des Nationalstaates, sondern international.

Gegenwärtig werde, so Andrea Bührmann von der Georg-August-Universität Göttingen im Eingangsvortrag des zweiten Konferenztages, im Zuge eines proklamierten Fachkräftemangels die verstärkte Mobilisierung von Frauen für den Arbeitsmarkt gefordert. Wie ist es zu dieser erneuten Mobilisierung gekommen und vor welchen Herausforderungen steht die kritische Forschung? Bührmann zeichnete zunächst die Entwicklung des fordistischen Geschlechtermodells in Deutschland nach – seine Hochphase, seine Krise ab den 1970er Jahren und den Status quo seit 2000 – und stellte anschließend theoretische Modelle vor, die den Wandel zu fassen suchen. Weite Verbreitung

haben hier die Systemtheorie und die Regulationstheorie gefunden. Die Paradoxien der Gegenwart lassen sich, so Bührmanns These, jedoch eher über handlungsorientierte Forschungsansätze verstehen, wie sie beispielsweise Bourdieu entwickelt hat. Diese richten den Blick darauf, mit welchen Motiven und Praktiken die Einzelnen in sozialen Strukturen agieren. Dies ermögliche, so Bührmann, Widerständigkeiten und die Mechanismen des Wandels, aber auch Beharrungen in konkreten sozialen Praxen genauer zu analysieren. Bührmann veranschaulichte dies am Beispiel ihrer eigenen Studie zu heterosexuellen Frauen im Topmanagement und deren Familienmodellen. Für diese Frauen sei das Paradox der Gleichzeitigkeit von Wandel und Beharrung besonders instruktiv. Familienmodelle der Arbeitsteilung lebten hier insofern weiter, als die Partner bzw. Ehemänner die Erziehungsarbeit übernehmen. Was aber verrät der Blick auf die Elite über Familienformen und Tendenzen der Arbeitsteilung, z. B. in der Mittelschicht oder in der ArbeiterInnenschaft? Praxeologische Forschungsansätze sollten, so die Kritik in der Diskussion, den Blick auf die Alltagspraxen einer Breite von AkteurInnen richten.

Danach weitete sich die Perspektive auf die globale Ebene aus. Das Verhältnis von hegemonialen Männlichkeiten und geopolitischen Interessen diskutierte James W. Messerschmidt von der University of Southern Maine anhand von Reden des ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush. Er zeigte auf, wie Bush sich einer bestimmten Art von Männlichkeit bediente (weiß, christlich, heterosexuell), um Kriege wie im Irak zu forcieren und zu rechtfertigen. Als Bushs zentrale rhetorische Figuren nannte er „unzivilisierte Schurken(staaten)“, „Opfer“ („victims“) im Süden, insbesondere im Irak, und „Helden“ („US-Regierung“ und ihre „Gefolgsleute“) im „Kampf gegen den Terror“. Diese Begriffe seien in hohem Maße vergeschlechtlicht. Einige zentrale Aspekte wurden im Vortrag nicht berücksichtigt, jedoch anschließend diskutiert, so etwa die Bedeutung von Akteurinnen wie der ehemaligen Außenministerin Condoleezza Rice und die Frage, welche Rolle das Verhältnis von Weiblichkeit und politischer Elite im „Krieg gegen den Terror“ spielte.

Die widersprüchlichen Entwicklungen von flexibilisierten Geschlechterrollen, Gleichheitsversprechen und verschärften Ungleichheiten auf nationalstaatlicher Ebene, insbesondere zwischen Frauen, bettete die Publizistin Christa Wichterich in den Kontext internationaler Gender- und Gleichstellungsnormen ein. Hier konzentrierte sie sich auf die Entwicklungen seit den 1990er Jahren. Aktuell geltende Normen seien zum einen im Diskurs um Menschenrechte der Vereinten Nationen und internationaler Frauenbewegungen entstanden, zum anderen durch die neoliberalen Politiken der Weltbank und der Welthandelsorganisation. Im Zeitverlauf hätten emanzipatorische und neoliberale Diskurse und Politiken konvergiert, was die bereits in den vorherigen Vorträgen beschriebenen widersprüchlichen Entwicklungen zwischen Gleichheitsversprechen und sich verschärfenden Ungleichheiten vor allem zwischen Frauen oder zwischen ‚Einheimischen‘ und MigrantInnen gefördert habe. In Zeiten globaler Krisen, etwa auf den Finanzmärkten, würden die Widersprüche stärker und verschärfen sich Ungleichheiten. Wichterich plädierte für eine stärkere Re-Politisierung von Gender- und Ungleichheitsfragen, für Menschenrechte ohne Grenzen als globale öffentliche Güter und damit gegen eine Vereinnahmung des Politischen durch neoliberale Diskurse.

Im Anschluss fanden Arbeitsgruppen zu den Themen Arbeit, Demokratie, Körper und Sexualität, Bildung, Emanzipationsbündnisse sowie Gewalt statt. Die Impulsge-

benden kamen hier aus der politischen und gewerkschaftlichen Praxis sowie aus der Wissenschaft.

Impulse aus dem Plenum

In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde deutlich, dass sich große, neue Herausforderungen für eine kritische (Sozial-)Wissenschaft, politische AkteurInnen und die Zivilgesellschaften stellen. PodiumsteilnehmerInnen und Publikum diskutierten gesellschaftspolitische Aspekte flexibilisierter Ungleichheiten und mögliche Lösungsansätze: Die europäische Krise verschärfe und produziere neue Ungleichheiten. Dies böte neuen sozialen Bewegungen Anlass und Raum zu einer breiteren Mobilisierung und Solidarisierung. In Deutschland scheine aber ein Bewusstsein über die Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Exporterfolg und Armut sowie Umweltzerstörung und deren Geschlechterdimensionen zu fehlen. Es wurde überlegt, wo Mobilisierungen und Bündnisse möglich sind. Unklar blieb, ob und wie das aktuelle gesellschaftliche und wirtschaftliche System in Deutschland und Europa reformierbar ist und welche Ansätze bereits bestehen. Dabei wäre kritisch zu hinterfragen, was bei einer beginnenden Neuordnung durch wen aufgegeben werden muss und wem sie Vorteile bringt. Eine mögliche Lösung sah Sven Lehmann, Vorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen, darin, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen. Gleichzeitig, so ein Kommentar aus dem Publikum, müssten alle Lebensbereiche und Beiträge, auch jene der Sorgearbeit, Anerkennung finden.

Die Bedeutung der sozialen Herkunft führt heute nach wie vor dazu, dass Angehörige der höheren sozialen Schichten bei gleicher Leistung größere Teilhabe- und Aufstiegschancen haben als Angehörige niedrigerer Schichten. Der Arbeitsmarkt ist ein historisch-strukturell gewachsenes Herrschaftsverhältnis zwischen sozialen Gruppen. Im Plenum wurde die Frage aufgeworfen, ob die Ungleichheitsdimension der „Klasse“, wie Ilse Lenz zu Beginn der Abschlussdiskussion thematisierte, auf der Agenda von Wissenschaft und Politik wieder an Relevanz gewinnt. Denn das Wechselspiel von Geschlecht und Migration in Bezug auf Ungleichheit bzw. Gleichheit kann nur umfassend verstanden werden, wenn der soziale Hintergrund der Einzelnen in Betracht gezogen wird. Gitti Henschel, Leiterin des Gunda-Werner-Instituts, plädierte dafür, auf einer breiteren gesellschaftlichen Ebene über das Verhältnis von Arbeit, Leistung und Gerechtigkeit zu diskutieren. Bündnisse müssten, so ein Ergebnis ihres Workshops „Neue Emanzipationsbündnisse – Frauenbewegungen, Männerbewegungen?“, queer und intersektional sein und sich konsequent die Frage stellen, welche Interessen vertreten sind.

Um eine breite gesellschaftliche Mobilisierung des Widerstandes gegen die sich verschärfenden Ungleichheiten zu fördern, könnte, so Christa Wichterich, bei einer Debatte um gerechte und verhältnismäßige Löhne sowohl im Niedriglohnbereich als auch im Topmanagement angesetzt werden. Widerstand muss auch in der Wissenschaft europäisiert bzw. internationalisiert werden, so Katja Sabisch, Juniorprofessorin für Gender Studies der Ruhr-Universität Bochum. Das Aufspüren potenzieller Gemeinsamkeiten durch kritische Analysen sei ein wichtiges Feld für SozialwissenschaftlerInnen, deren Aufgabe sei es, kritisches Denken zu kultivieren, um dem Ohnmachtsgefühl gegenüber

einer „Expertokratie“ durch AkteurInnen in internationalen Organisationen und der Gefahr einer Entdemokratisierung entgegenzuwirken.

Fazit und Ausblick

Wie könnte eine mögliche Antwort auf die Frage des Konferenztitels „Gleicher und ungleicher zugleich?“ lauten?

Die schwer zu durchschauenden, da vor allem widersprüchlichen Wechselverhältnisse zwischen kapitalistischen Wirtschaftsordnungen, nationalstaatlichen Politiken, internationalen Regimen und Migrationsbewegungen auf der einen Seite und den Dimensionen sozialer Ungleichheit entlang der Kategorien Geschlecht, Ethnizität und Klasse auf der anderen Seite wurden deutlich. Der Fokus lag auf der makrostrukturellen Perspektive, um Zusammenhänge und Tendenzen ‚im Großen‘ nachzuzeichnen. Der Preis der Flexibilisierung ist hoch, so die Ergebnisse der Beiträge und Diskussionen. Viele mahnten die Entstehung von schärfer werdenden Ungleichheiten an, die sich entlang der Dimensionen von Ethnizität sowie Klasse und Geschlecht abzeichnen.

Eine wiederkehrende, exemplarische Figur für die ‚VerliererInnenseite‘ der Entwicklungen war die Migrantin aus wirtschaftlich schwachen Staaten, die in den reichen Ländern als Hausangestellte ausgebeutet wird. Hier wurden m. E. einseitig symbolische TäterInnen-Opfer-Konstellationen konstruiert. Wo sind die (widerständigen) Potenziale jener Personen, deren Lebensbedingungen prekär sind? Welche Positionen und Handlungsstrategien haben sie? Die nächste Tagung zur Analyse multipler Ungleichheiten sollte daher die Mikroperspektive stärker betonen und vor allem mehr Einblicke in Forschungsergebnisse von Studien gewähren, die das Handeln von konkreten AkteurInnen in konkreten Situationen zum Gegenstand haben.

Zur Person

Eva Wegrzyn, M. A. Arbeitsschwerpunkte: Redaktion des Gender Portals der UDE, Entwicklung von Weiterbildungsangeboten im Bereich Gender und Diversity, Koordination des bundesweiten Netzwerks Expert/inn/enkreis Genderkompetenz in Studium und Lehre.

Kontakt: Universität Duisburg-Essen, Zentrum für Hochschul- und Qualitätsentwicklung, Keetmannstr. 3–9, 47058 Duisburg

E-Mail: eva.wegrzyn@uni-due.de